

## **Fragestunde**

### **Zusatzfrage zu Frage 23**

#### **Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe eine Nachfrage und bin der Bundesregierung bezüglich der Kenntnisse über die U-Boot-Käufe Griechenlands gerne behilflich. Parallel dazu, dass wir hier im Mai 2010 über die ersten Hilfen für Griechenland diskutiert haben, wurden im Hintergrund neue Verträge über den Kauf von U-Booten der Howaldtswerke-Deutsche Werft verhandelt. Diese sind nach Verabschiedung des ersten Rettungspakets gekauft worden:

Von 2002 bis 2013 kaufte der griechische Staat vier U-Boote der Howaldtswerke-Deutsche Werft im Wert von 1,14 Milliarden Euro. Dazu 170 Panzer vom Typ Leopard-2 im Wert von 1,7 Milliarden Eurosowie dutzende Militärfahrzeuge von Mercedes Benz. Heute besitzt Griechenland mehr Panzer als Frankreich, Deutschland und Großbritannien zusammen.

Meine Frage bezieht sich auch auf den EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren. Darin sind bestimmte Kriterien angelegt. Kriterium acht besagt: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes sollte bei der Genehmigung von Exporten berücksichtigt werden. Können wir uns jetzt darauf verlassen, dass wenigstens zukünftig – ab jetzt – keine Exporte von Rüstungsgütern nach Griechenland mehr genehmigt werden, die die Staatsschulden dieses Landes noch weiter erhöhen würden?

#### **Uwe Beckmeyer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie:**

Frau Abgeordnete, weil Sie im Grunde wiederum unterstellen, dass das Geld gezahlt worden ist, um damit Rüstungsgüter zu bezahlen, will ich als Erstes feststellen: Die Euros haben keine Bänder. – Früher haben wir immer gesagt: Die Mark hat keine Bänder. Insofern: Es entzieht sich meiner Kenntnis, womit was bezahlt worden ist. Dass es solche Verkaufsprozesse gegeben hat, ist in den Medien nachzulesen; da haben Sie recht. Mit welchen Mitteln bezahlt worden ist,

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf jeden Fall mit Schulden!)

entzieht sich meiner Kenntnis,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie werden doch nicht verschenkt!)

weil ich über den tatsächlichen Staatshaushalt Griechenlands zu wenig Kenntnisse besitze.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Den kennen Sie doch nun in- und auswendig!)

Was ich feststellen kann und muss, ist: Es gibt Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000. Das ist im Grunde der zu beachtende und auch vom Wirtschaftsministerium genutzte Maßstab für die Beurteilung der Ausfuhr von Rüstungsgütern. Insofern haben wir hier Griechenland so zu behandeln wie einen NATO-Staat; denn Griechenland ist und bleibt Mitglied der NATO. Insofern haben wir hier eine klare Rechtssetzung, an die wir uns halten.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der EU-Waffenhandelskodex gilt aber auch!)